



Wer hetzt, geht jetzt! – nur Vorbilder vor der Tafel

Stuttgart, den 05. Januar 2026 | [PM zur Landtagswahl 01/10](#)

Rechtsextremismus ist allgegenwärtig, auch bei uns Schüler*innen. Deswegen fordert der Landesschülerbeirat mindestens einen verpflichtenden Besuch einer KZ-Gedenkstätte ab der 9. Klasse. In begründeten Ausnahmefällen soll eine Freistellung möglich sein. Die Besuche sollen einen festen Platz im Bildungsplan erhalten, um historisches Bewusstsein zu fördern und demokratische Werte zu verteidigen.

„In einer Zeit, in der immer mehr vergessen wird, ist es umso wichtiger, sich zu erinnern!“, so Joshua Meisel, der Vorsitzende des Landesschülerbeirates.

Wir sprechen uns dafür aus, dass Lehrkräfte, die nachweislich in rechtsextremen Parteien oder Organisationen aktiv sind, nicht an Schulen unterrichten dürfen. Lehrkräfte tragen eine besondere Verantwortung als Vorbilder und müssen die freiheitlich-demokratische Grundordnung achten und vermitteln. Rechtsextremes Engagement steht dazu in klarem Widerspruch.

„Wer Demokratie verachtet, darf sie nicht unterrichten, und wer erfüllt ist mit Hass, kann kein Vorbild für uns sein“, so abschließend der stellvertretende Landesschülersprecher, Lorenz Springmann.